

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

19.07.2021

# Inhalt

## EWN

- 1 | **Wann wird auch in der Seenplatte aus Wind „grüner“ Wasserstoff?**  
*Nordkurier - Neubrandenburger Zeitung Stargard, 19.07.2021* ..... 3
- 2 | **Atommülllager-Gegner weisen auf Hochwasser-Gefahren hin**  
*Neue Westfälische - Höxtersche Kreiszeitung, 19.07.2021* ..... 5
- 3 | **„Gerade Bayern sollte damit aufhören, solche Botschaften zu verbreiten“**  
*Ostfriesischer Kurier, 16.07.2021* ..... 6

## Wann wird auch in der Seenplatte aus Wind „grüner“ Wasserstoff?

*Wasserstoff wird im Idealfall gleich neben Windrädern produziert. Eine zusammen-hängende Industrie entwickelt sich aber hierzu-lande eher schleppend. Windmüller erwarten nun einen neuen Schub, ernten aber auch Gegenwind.*

**Grapzow/Pripsleben/Neubrandenburg.** Grüner Wasserstoff gilt als neuer Energie-Heilsbringer für die Zukunft des ganzen Nordens. Nur läuft die Ansiedlung einer zusammenhängenden, grünen **Industrie** ausgerechnet in den von Windrädern übersäten Gebieten im Osten des Landes wie dem Treptower Tollensewinkel noch eher schleppend. Dabei sind sich die meisten Akteure einig, dass wirklich grüner Wasserstoff aus sauberer Energie wie Windstrom erzeugt werden muss.

Die jüngst beschlossene Nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung könnte allerdings bald für neuen Schub sorgen. So sieht es zumindest Carlo Schmidt von der Wind-Wasserstoff-Projekt GmbH und Co. KG, die bereits eine Anlage zur Wasserstoffproduktion aus Windstrom in Grapzow betreibt. „Verbindliche Einsatz- und Vermarktungsmöglichkeiten für die Region zeichnen sich ab, sei es in der Stromversorgung, Mobilität oder Gas- und Wärmeversorgung“, so Schmidt auf Nachfrage des Nordkurier.

In Grapzow könnten schon jetzt 200 Normkubikmeter Wasserstoff pro Stunde produziert werden. Und nicht nur dieser Standort lasse sich „fantastisch“ ausbauen. Grüner Wasserstoff aus Windenergie sei eine nachhaltige Chance für die ganze Region. „Gut bezahlte, hoch qualifizierte Arbeitsplätze können entstehen, sofern dieser angekündigte Markthochlauf Wirklichkeit wird.“

### In Pripsleben geht der Widerstand weiter

Kritiker wehren sich allerdings seit Jahren gegen ein Projekt des Unternehmens zwischen Pripsleben, Tützpatz und Gültz. Denn die Firma Wind-Wasserstoff-Projekt will bald nicht nur Wasserstoff direkt ins Erdgasnetz einspeisen, sondern auch gleich neue Windräder bauen – noch dazu in einem dafür gar nicht vorgesehenen Gebiet, per Zielabweichungsverfahren. Der Regionale Planungsverband befindet sich deshalb

noch immer im Klageverfahren am Oberverwaltungsgericht **Greifswald**, wie dem Nordkurier aus der Geschäftsstelle bestätigt wurde.

Die Gemeinde Pripsleben hat nach dem Scheitern im ersten Anlauf vor dem Verwaltungsgericht zwar kein Geld für weitere Verfahren, wird sich laut Bürgermeister Kai-Uwe Zirzow aber auf jeden Fall im Genehmigungsverfahren des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt (Stalu) noch dagegen aussprechen. „Es ist ein Unding, Windräder zu bauen, wo sie gar nicht hingehören“, sagte Zirzow. Der Bürgermeister hält das damit verbundene Wasserstoff-Vorhaben überdies für wenig erfolgsversprechend.

Dass die Wasserstoff-**Industrie** hierzulande aber insgesamt weiter vorangetrieben wird, hat sich unter anderem die **Industrie-** und Handelskammer für das östliche **Mecklenburg-Vorpommern** (IHK) in Neubrandenburg auf die Fahnen geschrieben. **Wirtschaftsvertreter** haben beispielsweise zusammen mit der Stadt Neubrandenburg eine Bewerbung abgeschickt, um sogenannte HyStarter-Region zu werden. Das Bundesinfrastrukturministerium gibt bei diesem Programm Gelder, um ausgewählte Standorte mit Wasserstofftechnologien hochzurüsten. Neubrandenburg könnte damit zu einer Modellregion werden, die sich im Falle eines totalen Blackouts mit regenerativer Energie schnellstmöglich wieder hochfahren lässt. Ende August soll eine Entscheidung fallen, ob die Vier-Tore-Stadt dabei ist.

### Ministerium: Konzentration auf Rostock nicht geplant

Zwar laufen derzeit noch weitere Projekte im Osten von MV – wie grüne Gewerbeparks in Anklam oder Neustrelitz oder das aus **Greifswald** koordinierte regional übergreifende Forschungsprojekt Campfire zur Gewinnung von Ammoniak als Energieträger. Doch

auf den ersten Blick scheinen große Prestigeprojekte der Wasserstoffproduktion überwiegend rund um die Hansestadt Rostock zu entstehen. Dass in diese Region mehr Anstrengung als in andere Gebiete fließt, weil es für Projekte in der Hansestadt und dem Landkreis Rostock Ausgleichsgelder des Bundes zwecks Schließung des Steinkohlekraftwerks in Höhe von rund 50 Millionen gibt, bestreitet wiederum das MV-Energieministerium. „Die Landesregierung begleitet und unterstützt alle Akteure und Projekte im Land, die sich dem Thema Wasserstoff widmen und sinnvolle Anträge stellen – ohne regionale Präferenzen“, so Sprecherin Renate Gundlach.

Die Entwicklung der Wasserstofftechnologien stehe aber noch am Anfang. „Die Bereitschaft **wirtschaftlicher** Akteure, solche Projekte anzugehen, ist ... nicht erzwingbar, sondern setzt deren selbstbestimmte Aktivität vor Ort voraus.“ Projekte entstünden zunächst an Standorten, wo Wasserstoff nicht nur erzeugt, sondern auch verbraucht werden könne. „Abgelegenerer Standorte haben hier einen gewissen Standortnachteil, da Transportkosten hinzukämen.“ Sobald sich der Markt vergrößere, werde sich die Wasserstoffindustrie aller Wahrscheinlichkeit nach auch in der Fläche stärker ausbreiten.

## Atommülllager-Gegner weisen auf Hochwasser-Gefahren hin

**Vor der aktuellen Flut-Katastrophe im Westen des Landes stelle sich die Frage nach den Gefahren des BGZ-Vorhabens, direkt an der Weser zu bauen.**

**Würgassen.** „Es sind schreckliche Bilder die uns aktuell erreichen“, sagt Dirk Wilhelm, Vorsitzender des Vereins *Atomfreies* 3-Ländereck. Starkregenereignisse im Westen von NRW und Rheinland-Pfalz ließen Autobahnen und Bundesstraßen zu reißenden Flüssen heranwachsen, Autos und Lastkraftwagen schwammen wie Spielzeug umher, Häuser stürzten ein, Schlamm und Geröll hinterließen ein Bild des Schreckens.

„Ereignisse wie diese zeigen erste Auswirkungen des Klimawandels und sind sicherlich erst Vorboten dessen, was uns in den kommenden Jahrzehnten sehr viel öfter als zuvor ereilen wird“, ist sich Wilhelm sicher. Vor diesem Hintergrund stelle sich die Frage, welche Gefahren das Vorhaben der *BGZ*, „ein gigantisches *Atom-müll*-Lager direkt an der Weser zu errichten“, berge. Der geplante Standort inmitten eines Weserbogens im Dreiländereck sei von Wasserflächen umgeben. „Aktuelle Kartierungen weisen Teile des geplanten Bau- grounds als hochwassergefährdet aus“, berichtet der Vereinsvorsitzende. Um den Hochwasserschutz für die 325 Mal 125 Meter großen Halle sowie den zuführenden Straßen und Gleisanlagen herzustellen solle eine gigantische Fläche durch Aufschüttung Sicherung erfahren. Mangels ausreichender Tragfähigkeit des Untergrunds solle das *Atomlager* zudem auf Pfahlfundamenten errichtet werden. „Ein Unterfangen, das nicht nur aufwendig und teuer ist, sondern mit Blick auf die aktuellen Ereignisse einmal mehr zu hinterfragen ist“, hält er fest.

Zum einen werde durch die Aufschüttung des Areals an der Weser wichtige Ausweichfläche vernichtet. „Diese ist jedoch essenziell wichtig, denn sie dient im Fall einer anrollenden Flutwelle und auch bei einem extremen Hochwasser als wichtiger Puffer“, so Wilhelm. Nur durch die Möglichkeit der Verteilung der Wassermassen in der Fläche könne der Pegel der Weser möglichst niedrig gehalten werden. „Ein Umstand der, das zeigen die aktuellen Ereignisse, lebenswichtig sein kann.“ Nicht umsonst würden für private Bauvorhaben in der Nähe von Wasserläufen keine Genehmi-

gungen erteilt. „Zum anderen werden durch das Zentrale Bereitstellungs- und Logistikzentrum für das *Endlager Konrad* (ZBL/LoK) rund 50.000 Quadratmeter Oberfläche versiegelt.“ Zwar würden Regenrückhaltebecken installiert werden, dennoch werde das Regenwasser anstatt im Boden versickern zu können in die Weser oder in die Kanalisation abgeleitet.

„Eine Situation, die Hochwasserereignisse unterstützt und die Sicherheit der flussabwärts lebenden Anwohner ebenfalls erheblich verschlechtert“, bilanziert Wilhelm.

Zudem müsse hinterfragt werden, wie sich die Gründung des *Atomlagers* bei solchen Extremen verhalte. „Auf Pfählen errichtet, könnte ausgespülter Bodengrund, welcher laut Bodengutachten der *BGZ* aus Setzlehm und Weserkies besteht, verheerende Folgen haben. Droht hier das sprichwörtliche Kartenhaus, das in sich zusammenfällt?“, stellt er die Frage.

Nach der verheerenden Flutwelle im Westen Deutschlands blieben noch etliche Ortschaften unterhalb der Talsperren evakuiert. Da aufgrund der starken Belastungen ein Brechen nicht ausgeschlossen werden könne, würden die Bewohner in provisorischen Unterkünften geschützt. „Die älteren Menschen im Weserbergland können sich sicherlich noch an die Sprengung der Edertalsperre im Zweiten Weltkrieg und die verheerenden Auswirkungen auch in Beverungen und Umgebung erinnern“, bemerkt Wilhelm und fragt sich, was passiere, wenn aufgrund eines Starkregenereignisses ein Versagen der Edertalsperre drohe.

Wilhelm appelliert an die Entscheidungsträger in Düsseldorf und Berlin: „Der mangelhafte Hochwasserschutz ist nur einer der vielen Kritikpunkte am Standort Würgassen, inmitten des Weserbogens im Dreiländereck. Mit Blick auf die aktuellen Bilder der Zerstörung ganzer Dörfer muss die Errichtung des gigantischen *Atomlagers* an der Weser, in dem über Jahrzehnte 60.000 Kubikmeter *Atom-müll* lagern sollen, gestoppt werden“.

## „Gerade Bayern sollte damit aufhören, solche Botschaften zu verbreiten“

### Suche nach Atom-Endlager: Umweltminister Lies kritisiert Ablehnung mancher Bundesländer

**BERN.** Niedersachsens Umweltminister Olaf *Lies hält* den *Zeitplan für* die Suche nach einem atomaren Endlager in Deutschland nach eigenen Worten *für „sehr ambitioniert“*. Im Gespräch mit unserer Redaktion warnt der SPD-Politiker zugleich davor, sich schon zum jetzigen Zeitpunkt von dem Plan zu verabschieden, bis zum Jahr 2031 einen Standort gefunden und die nukleare Deponie tief unter der Erde bis 2050 fertiggestellt zu haben. „Es wäre zu früh, jetzt schon zu behaupten, dass wir das nicht schaffen und mehr Zeit benötigen. Wir haben schließlich auch eine Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen und den Standorten der Kernkraftwerke. In den Zwischenlagern steht hochradioaktiver Abfall, *für* den wir dringend ein sicheres Endlager benötigen“, sagte *Lies* am Rande einer Informationsreise in die Schweiz.

*Lies* informiert sich zurzeit mit einer Delegation aus Niedersachsen in dem Nachbarland zum Thema *Endlagersuche*. Die Schweizer sind schon deutlich weiter, haben drei mögliche Standorte in der engeren Auswahl und setzen auf Ton als Wirtsgestein – eine Gesteinsart, die auch in Niedersachsen in großen Teilen vorkommt. *Lies hält* es daher nicht *für* unmöglich, dass es am Ende bei der Standortauswahl auf Nieder-

sachsen hinauslaufen könnte.

„Auszuschließen ist es jedenfalls nicht. Wenn es um die Wirtsgesteine Ton, Salz und Granit geht, kommt bei uns in Niedersachsen alles vor. Es wäre aber völlig verfrüht zu sagen, dass die Wahrscheinlichkeit, Endlagerstandort zu werden, in dem einen Bundesland größer ist als in dem anderen“, sagte der Ressortchef und fügte hinzu: „Mindestens die Salz-, aber eben auch die großen Tonvorkommen in Niedersachsen machen deutlich, dass es bei uns Potenziale gibt.“

Der niedersächsische Minister äußerte auch heftige Kritik an den Bundesländern Bayern und Sachsen, die ein Endlager bei sich ablehnen. Ein solches Verhalten halte er *für* „absolut falsch“. „Wir suchen ein Endlager mit einer Sicherheit *für* eine Million Jahre und da kann und wird die Suche nicht an Bundesland-Grenzen haltmachen. Den Bürgern so etwas zu suggerieren, halte ich *für* unseriös. Wenn der sicherste Standort gefunden ist, wird ein Bundesland sich kaum dagegen wehren können, dass das Endlager dort dann auch errichtet wird“, betonte *Lies* und forderte eine ergebnisoffene Suche sowie ein Ende von „Ablehnungsdebatten“: „Gerade Bayern sollte damit aufhören, solche Botschaften zu verbreiten.“